Beschluss Wirtschaft und Arbeit entwickeln: zukunftfähig, nachhaltig, fair!

| | |
|---|---|
| Gremium: | KVM Potsdam |
| Beschlussdatum: | 16.02.2019 |

# Text

## Wirtschaftsverwaltung aus einer Hand

Potsdam braucht eine Neuorientierung seiner Wirtschafts- und Innovationsförderpolitik. Es fehlt an einer übergeordneten Entwicklungsstrategie, an einer Betreuung aus einer Hand („One-Stop“) für interessierte Startups und Unternehmen, einem langfristigen Gewerbeflächenmanagement und einem abgestimmten Marketing. Diese Aufgaben sind derzeit über verschiedene institutionell-organisatorische Einheiten verteilt, wie der Wirtschaftsförderung der Stadt, der Pro Potsdam, der GTZP oder dem Standortmanagement in Golm. Sowohl potentielle Interessenten als auch die Akteure selbst werden dadurch behindert, dass verschiedene Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Dienstleistungen oft unkoordiniert und aneinander vorbei agieren.

Dafür machen wir uns stark:

Bündnis90/Die Grünen werden sich deshalb für eine Neuordnung der Strukturen einsetzen. Die Stadt soll als alleinige Gesellschafterin oder durch Beteiligungen die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams im Bereich der wissenschafts-, technologie- und innovationsbasierten Gründerszene sowie der klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützen. So besteht die Chance, beispielsweise den Wissenschafts- und Technologiepark Golm zu einem erfolgreichen Motor qualitativen Wirtschaftswachstums mit hochwertigen, umweltverträglichen Arbeitsplätzen zu entwickeln.

## Nachhaltigen Einzelhandel und „sanften“ Tourismus stärken

Der lokale Einzelhandel ist für Potsdam nicht nur ökonomisch gesehen unerlässlich, sondern auch entscheidend für das Stadtbild und die Lebens- und Aufenthaltsqualität vor Ort. Daher wollen wir den Einzelhandel in den einzelnen Stadtvierteln stärken.

Wir wollen die nachhaltige Weiterentwicklung eines sanften Tourismus fördern.

Dafür machen wir uns stark:

- die von den Grünen angestoßene Idee der Bewerbung von Potsdam um eine Anerkennung als „Fair Trade City“ konsequent weiterzuverfolgen
- eine rechtssichere, für alle Seiten verträgliche Regelung zum Thema verkaufsoffene Sonntage
- ein Angebot nachhaltiger Waren und Dienstleistungen für Bürger*innen und Gäste Potsdams mit Förderung der Stadt, z.B. durch Unterstützung der

„Bürgerstiftung gegen Müllberge“ (Potspresso-Initiative) und von Marktständen mit ökologischen Produkten

- als Umsetzung des Grünen Mobilitätskonzepts: die Neugestaltung der Brandenburger Straße und Schaffung weiterer autofreier (Einkaufs-)Straßen rings um die Brandenburger Straße, zugunsten von Radfahrer*innen, Rollstuhlfahrer*innen, Menschen mit Kinderwagen und mobilitätseingeschränkten Personen, zur Belebung der Innenstadt und damit auch des Einzelhandels – bei gleichzeitiger Stärkung dezentraler, lokaler Einzelhandelsangebote in den Stadtteilen

- die Entwicklung innovativer Konzepte für den Potsdamer Einzelhandel, die zugleich die Nachhaltigkeit stärken, wie z.B. einen städtisch initiierten lokalen Onlineshop für die Potsdamer Einzelhandelsgeschäfte, über den ergänzend zum Einkauf in den Geschäften auch Onlinebestellungen möglich sind; gerade für kleinere Geschäfte böte dies eine Chance in der Konkurrenz gegen auswärtige große Online-Anbieter, und die Auslieferung der Waren könnte in nachhaltiger Weise geschehen

- die Unterstützung von Wasserwandertourismus und Radverkehrstourismus, z.B. durch Schaffung von Anlegeplätzen und Informationsmöglichkeiten. Auch „sanfter“, nachhaltiger Tourismus schafft Arbeitsplätze!

## Mehr Gewerbeflächen für innovative Betriebe schaffen

Über Jahrzehnte hinweg wurden in Potsdam Gewerbeflächen durch Wohnbebauung zurückgedrängt. Die vorhandenen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung („STEK-Gewerbe“ und Gewerbeflächensicherungskonzept), die diesem Trend entgegenwirken, müssen mit Blick auf die Planungssicherheit auch Bestand haben und konsequenter umgesetzt werden.

Gewerbeansiedelungspolitik sollte vor allem Anbieter zukunftsweisender Technologien im Blick haben, die mit den wissenschaftlichen Einrichtungen kooperieren möchten. In Potsdam besteht mittlerweile ein erheblicher Bedarf an Gewerbeflächen, vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen und von Betrieben mit Forschungs- und Mediennähe.

Dafür machen wir uns stark:

- Gewerbeansiedlungen auf stadtteilnahen Flächen, weil dies zusätzlichen Verkehr vermeidet. Hierfür kann der neue Ansatz der Bauleitplanung hilfreich sein, ein gemischt genutztes „urbanes Gebiet“ auszuweisen.
- Flächen- und Raumangebote speziell für Start-Ups aus Hochschulen - wie beispielsweise bei „Go.In I“
- ein Förderprogramm auch für Startups der Kreativszene
- zusätzliche Vernetzungs- und Unterstützungsangebote, um Unternehmen auch nach einer erfolgreichen Startphase an Potsdam zu binden
- Ausbau der Kooperationen mit den Umlandgemeinden für eine erfolgreichere Wirtschaftsansiedlung (z.B. Ketzin Gewerbehof)
- ein städtisches Programm zur Förderung von Gründerinnen.

## Dem Fachkräftemangel begegnen

Aktuell wohl das größte Problem für Potsdams Wirtschaft und Verwaltung ist der zum Teil akute Fachkräftemangel. Eine Voraussetzung dafür, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, sind gute Arbeitsbedingungen.

Dafür machen wir uns stark:

- Unterstützung der Fachkräftevermittlung durch die Stadt
- mehr und spezifischere Angebote für Aus- und Fortbildung
- Eingliederungsmaßnahmen für Flüchtlinge in Arbeit und den „Spurwechsel“ für Menschen mit dem Aufenthaltsstatus „geduldet“
- größere Anstrengungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Arbeit
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Bezahlung nach Tarif in städtischen Einrichtungen und Unternehmen ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Die Potsdamer Grünen setzen sich z.B. dafür ein, dass die Gehälter der nichtärztlichen Beschäftigten im Klinikverbund in mehreren Stufen so ansteigen, dass Vergütungsverbesserungen bis hin zur Rückkehr in den VKA-Tarifverbund bis Ende der Wahlperiode umgesetzt werden.

## Kommunale Unternehmen stärker steuern und mehr Partizipation der Bürger*innen ermöglichen

Klar ist: Die Landeshauptstadt Potsdam braucht leistungsfähige kommunale Unternehmen, um ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Notwendige Investitionen zur Zukunftssicherung müssen langfristig gesichert werden; dazu gehören auch der Klimaschutz, die langfristige Wahrung der Wasser- und Luftqualität und die Umsetzung eines schadstoffvermeidenden Mobilitätskonzepts.

Entsprechend muss ein haushaltsverträgliches Beteiligungsmanagement für die öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt konzipiert sein.

Die Stadt muss geeignete Strukturen schaffen, um die verantwortliche politische Steuerung auf die strategische Entwicklung der städtischen Unternehmen sicherzustellen. Zusätzlich zum vorhandenen Einfluss der Stadtverordnetenversammlung durch ihre Beschlüsse, die die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen binden, und durch die Kontrolle durch die von ihr entsandten Vertreter in den Aufsichtsräten der Unternehmen (mit Verschwiegenheitspflicht) ist es auch erforderlich, die Steuerung durch die Stadt als Gesellschafter der Unternehmen strukturell zu stärken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, das Beteiligungsmanagement deutlich aufzuwerten. Angesichts der hohen finanziellen und sozialen Verantwortung für die Daseinsvorsorge der Bürger*innen ist die in der Verwaltung angesiedelte Beteiligungssteuerung mit hochqualifiziertem Personal mit Expertise im Qualitätsmanagement aufzuwerten und mit klaren Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche, nachhaltige, an Gemeinwohlziele gebundene kommunale Wirtschaft auszustatten. Gleichzeitig müssen hier die Vereinbarungen mit Transparency International umgesetzt und sollten zusätzliche Transparenz und (auch wirtschaftliche) Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger*innen geschaffen werden, z.B. bei der städtischen Energiewende durch Beteiligungsmöglichkeiten in Form von attraktiveren Klimafonds und die Ermöglichung von Bürger*innen-Energiegenossenschaften.

Dafür machen wir uns stark:

- schnellstmögliche Rekommunalisierung sowohl der EWP als auch der STEP zur Vermeidung von Zielkonflikten zwischen privaten gewinnorientierten Gesellschafterinteressen und denen der langfristig und am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Hand, sowohl bei wirtschaftlich indizierten Umstrukturierungen als auch bei strategischen Zukunftsentscheidungen, zum Beispiel über Investitionen

- Verbesserung des Beteiligungsmanagements durch die Stadt, v.a. durch klarere Formulierung und Durchsetzung städtischer Zielvorgaben bei den Beteiligungsunternehmen

- Orientierung an den Ergebnissen aus dem soeben abgeschlossenen BSC-Verfahren (Balanced Scorecard)

- personelle Stärkung und Aufwertung des Beteiligungsmanagements zu einem Bereich „Beteiligungssteuerung“

- mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen.

- weitere Bekämpfung und Vermeidung von Korruption, auch durch Ausbau der Zusammenarbeit mit Transparency International, deren Mitglied die Landeshauptstadt Potsdam auf bündnisgrüne Initiative wurde